

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stadnitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, 1/2 jährlich Mk. 12.— ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Umlicher Teil Mk. 2.—, Reklamezeile Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrieb: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günz & Enle, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 124

Mittwoch, den 19. Oktober 1921

32. Jahrgang

Die Ausstellung für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge

veranstaltet vom Deutschen Hygiene-Museum Dresden

16. bis 25. Oktober im Festsaal der Bürgerschule in Grimma gezeigt.

Öffnungszeiten: Werktags täglich von 10—12 Uhr vorm. und 2—6 Uhr nachm.

Sonntags von 11—6 Uhr durchgängig.

Täglich nachmittags 5 Uhr finden Führungen statt. Für Frauen und Mädchen werden 8—10 tägliche Kurse veranstaltet. Preis der Teilnehmerkarte 10 Mk. Näheres darüber in der Sonntagsnummer.

Wohlfahrtsamt der Amtshauptmannschaft Grimma.

Stadtrat Grimma.

Kerzlicher Bezirksverein.

Bezirksamt für Kriegerversorgung.

Schwerfloskartell Grimma.

Krankenkassenverband.

Verein der Kassenärzte für die Amtshauptmannschaft Grimma.

Öffentliche Einladung

zur Tagung für Wohlfahrtspflege, Mittwoch, den 19. Oktob. 1921, 12 Uhr im Rathsaal zu Grimma.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Tagung. Amtshauptmann Horbrath. 2. Amtliche und freiwillige Wohlfahrtspflege. Frau Regierungsrätin Dr. phil. Ulla-Bell. Ministerium des Innern. 3. Vernunftgemäße Pflege und Erziehung des Säuglings und Kleinkindes. Dr. med. Welte, Amdersburg, Leipzig. 4. Aussprache. 5. Führungen durch die Ausstellung. Eintritt frei.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 20. Oktober 1921, abends 7 Uhr. Tagesordnung befindet sich im Rathsaal am Brett.

Gesucht werden für ein Ostern 1922 aus der Schule entlassendes Mädchen geeignete **Pflegeeltern**. Angebote werden auf dem Rathaus hier, Zimmer 8 entgegengenommen. Naunhof, am 15. Oktober 1921. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Nach englischen Blättermeldungen werden die wirtschaftlichen Vorschläge über Oberschlesien in 13 Punkten geregelt.
- In Berliner politischen Kreisen wird jetzt der Rücktritt der Reichsregierung als bald bevorstehend angesehen.
- Der Reichstag tritt am Donnerstag zusammen.
- Der Dollar erreichte in sprunghaften Steigerungen die katastrophale Höhe von 182.
- Die Berliner Stadtverordnetenwahlen ergaben bei völlig ruhigem Verlauf des Wahltages eine knappe bürgerliche Mehrheit.
- In Biew fanden erneut Feuerunfälle statt, bei denen es zu Gewalttätigkeiten und Plünderungen kam.

Ein neues Groß-Berlin.

Die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl ergab nach den vorläufigen Feststellungen, die eine bedeutende Veränderung nicht mehr erfahren dürften, ungefähr 815 000 sozialistische und 842 000 nichtsozialistische Stimmen.

Die Wähler und Wählerinnen der Reichshauptstadt sind nicht umsonst zum zweitenmal an die Urne gerufen worden, um ihr Urteil darüber abzugeben, ob sie mit der Rathshausverwaltung, wie sie seit dem 26. Juni 1920 von den drei sozialistischen Parteien gehandhabt wurde, einverstanden seien oder nicht. Ein Formfehler bei der vorigen Wahl gab dem Oberverwaltungsgericht die Möglichkeit, einen neuen Wahlgang anzuordnen, und der Spruch der Wählerschaft ist gegen den Kurs ausgefallen, den die Herren Weyl und Hoffmann im Berliner Rathaus steuerten. Einer Mehrheit von 125 sozialistischen Stadtverordneten stand bis jetzt eine bürgerliche Mehrheit von 100 Stimmen gegenüber. Dieses Verhältnis wird sich auf Grund des Wahlergebnisses vom 16. Oktober zwar nicht in sein glattes Gegenteil, aber doch so weit verändern, daß eine solche bürgerliche Mehrheit über die Mandatsverteilung herankommen dürfte. Vielleicht werden es 115 bürgerliche und 110 nicht-bürgerliche Stimmen sein. Ungefähr so stehen die Chancen, soweit sie sich bisher übersehen lassen. Jedenfalls geben auch die sozialistischen Blätter zu, daß es mit ihrer bisherigen Wachtpostion im „roten Hause“ vorbei ist. Sie suchen sich über die Tatsache, so gut es geht, zu trösten, wobei wie üblich die jeweils verwandten Abrechnungen am schlechtesten wegkommen.

Einige Verablung finden sie zunächst in der Gewißheit, daß die neue Stadtverordnetenversammlung in zwei ungefähr gleiche Parteienlager zerfallen werde, daß also entscheidende Machtproben von der anderen Seite her nicht zu befürchten seien. Darin wird man ihnen auch auf gegnerischer Seite gewiß zustimmen. Auf Nachprobieren innerpolitischer Art kann es dem Bürgertum jetzt weniger als je ankommen. Waren es doch gerade die sozialistischen Nachproben, gegen die es sich auflehnte, weil es sie mit unserer Gesamtlage für unvereinbar und ihre Veranlassung deshalb für unverantwortlich hielt. Jedem vernünftigen Menschen kann es im Augenblick nur aus möglichsten friedlichen Zusammenarbeiten aller berechtigten Kreise unseres Volkes ankommen, die etwas zu bedeuten haben. Der sozialistische Arbeiterschaft ist von manchen Führern zeitweise eingerebet worden, sie könnten den ganzen Staat, bestimmt aber ganz Groß-Berlin allein regieren, ohne dabei auf das nichtsozialistische Bürgertum sonderlich viel Rücksicht nehmen zu müssen; eine Behauptung, die sich auch nach der Ansicht vieler sozialdemokratischer Politiker mehr und mehr als unzutreffend erwiesen hat. Im Bürgertum ist man von einer gleichen Einseitigkeit der Auffassung weit entfernt. Man denkt nicht daran, gegen die Arbeiter, oder im besonderen gegen die sozialistisch geleiteten Arbeiter zu regieren. Das einzige, was man will, ist, daß die Möglichkeit offen bleibt, sich mit ihnen zu vertragen, daß Bürger- und Arbeiterschaft gemeinsam ihre Kräfte für das Wohl des Vaterlandes regen mögen. Keine Vergewaltigung von links, aber auch keine Vergewaltigung von rechts. Mehr will, mehr darf man auch nicht für die Politik des Tages fordern.

Im einzelnen springt als auffällige Erscheinung des Wahlergebnisses der über Erwartung große Stimmenzuwachs der Deutschnationalen Volkspartei in die Augen; eine Tatsache, an der alle die zahlreichen Gegner dieser Partei nicht achtlos vorbeigehen sollten, die der Meinung waren, ihr durch Schimpfwoorte wie „Röderpartei“ und ähnliches im Volke Abbruch tun zu können. Die Deutsche Volkspartei dagegen hat ihre vorjährige Stimmenzahl nicht voll behaupten können, während Demokraten und Zentrum einigermaßen ungeschwächt geblieben sind. Die sozialistische Linke, als Ganzes betrachtet, hat erheblich an Stimmen verloren; die Haupteinbuße haben die Unabhängigen zu verzeichnen, von denen einige Tausend zu den Reichheitssozialdemokraten, viele Zehntausende dagegen zu den Kommunisten abgewandert sind.

Im ganzen genommen ergibt sich für Groß-Berlin ein Übergewicht der Bürgerlichen über die Nicht-Bürgerlichen von etwa 40 000 Stimmen. Daraus darf man die Schlussfolgerung ziehen, daß auch in Berlin nach den anfänglichen heftigen Schwankungen zwischen den politischen Extremen sich allmählich eine Bewegung des Ausgleichs und der Sammlung der Kräfte anzubahnen beginnt.

Einzelergebnisse.

Die bisher gezählten Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Partei	Stimmen	(1920)
Reichheitssozialisten	343 947	(283 586)
Anabhängige	318 206	(1920: 633 657)
Deutschnationale	299 800	(1920: 188 207)
Deutsche Volkspartei	255 962	(1920: 275 664)
Kommunisten	157 013	(1920: nicht kanth.)
Demokraten	122 623	(1920: 116 657)
Christl. Vereinigung	83 531	(1920: 68 635)
Zentrum	61 249	(1920: 61 388)
Deutschesoziale	12 588	(1920: nicht kanth.)

13 Punkte.

Die Übergangsbestimmungen für das Industriegebiet. Wer denkt nicht unwillkürlich an ein anderes weltgeschichtliches Dokument, durch das vor Jahren einmal in 14 Punkten der Welt das Ziel gebracht werden sollte, wenn

man jetzt die Nachricht von den 13 Punkten erhält, durch die die Genfer Auserwählten das Unheil, das sie mit der politischen Grenze in Oberschlesien angerichtet haben, auf dem Wege wirtschaftlicher Übergangsbestimmungen zum Teil wieder reparieren möchten? Auch diese Vorschläge müssen mit der gleichen vorsichtigen Skepsis beurteilt werden, die den Wilsonschen 14 Punkten leider nicht überall entgegengestellt worden ist. Nach Meldungen des englischen Blattes „Observer“ ist

der Hauptinhalt des Genfer Beschlusses

in erster Linie der, daß die Hälfte des ober-schlesischen Industriegebietes, das infolge seiner jahrhundertelangen Entwicklung unter deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen Mittelpunkte Europas geworden ist, und besonders das wirklich ertragreiche Industriegebiet Oberschlesiens Deutschland weggenommen und Polen gegeben wird. Man beachte, daß das die Worte des englischen Blattes sind, und welche Kritik sich bereits darin ausdrückt: Die politische Grenzlinie sei so festgelegt worden, daß eine Mindestzahl von Polen auf deutscher und eine Mindestzahl Deutscher auf polnischer Seite gelassen werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht habe man versucht, der politischen Grenze die Bedeutung zu nehmen, indem man gewisse wirtschaftliche Maßnahmen auferlegte, die dazu bestimmt seien, den einheitlichen Charakter des Industriegebietes während eines Zeitraums von 15 Jahren zu wahren.

Aus den Einzelheiten dieses „Wiedergutmachungsverfahrens“, das in 13 Punkten abgefaßt ist, sei hervorzuheben, daß die Eisenbahnen auf deutscher wie auf polnischer Seite in einem einheitlichen System zusammengefaßt bleiben sollen. Für die Zollgrenze wird bestimmt, daß in den ersten sechs Monaten eine solche überhaupt nicht wirksam sein soll, und daß in den folgenden 14 Jahren alle Kohlsäfte, die aus der deutschen oder polnischen Zone kommen oder in einer dieser Zonen verbraucht werden sollen, die Grenze ohne Zoll hin und her passieren dürfen.

Während der Periode von 15 Jahren ist keinerlei Zwangsentziehung gestattet. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze leben, haben während der 15 Jahre das Recht, sich für die deutsche Untertanenschaft zu entscheiden. Die deutsche Mark wird als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibt in Kraft, bis die polnische Regierung allgemeine eigene Gesetze ausgearbeitet hat. Wasser- und Elektrizität sollen vorläufig ebenfalls einheitlich geregelt bleiben, ohne Rücksicht auf die neue politische Grenze.

Aber den Verlauf der politischen Grenze

welch das Blatt keine Einzelheiten, meint aber, man könne jedoch jetzt mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß neben Plesch und Rybnik drei der wichtigsten industriellen Mittelpunkte, nämlich Kattowitz, Königshütte und Tarnowitz an Polen fallen werden. „Observer“ erklärt die Aushändigung von Kattowitz und Königshütte sei der bei weitem ernste Punkt im Völkerbundsplan. Das Kapital, die Leitung und die gelehrten Arbeiter in den jetzt Polen zugesprochenen Gebieten seien vollkommen deutsch. Der Völkerbundsplan bedeute

keine Lösung der ober-schlesischen Frage.

Durch den Völkerbund sei der Streit um Oberschlesien wieder an Deutschland und Polen zurückverwiesen worden, wenn die Lösung überhaupt dauernd sein solle, denn ohne das Zusammenwirken Deutschlands und Polens könne der Völkerbundsplan kaum zur Durchführung gebracht werden.

Ungelöste Rätsel.

Dalsour beschönigt die Genfer Beschlüsse.

Das Charakteristische der Genfer Beschlüsse über Oberschlesien liegt in erster Linie darin, daß der Völkerbundsrat seine Aufgabe nur halb gelöst hat. Er hat sich aus dem unvereinbaren Zwiespalt einerseits gerecht und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechend zu entscheiden, andererseits doch die polnischen Wünsche weitgehend zu erfüllen, dadurch herausgezogen, daß er eine unmögliche Grenze festsetzte und diesen Akt des Wahnsinns damit zu verdecken suchte, daß er den beteiligten Parteien einige gute Ratsschlüsse mit auf den Weg gab, wie sie sich mit den Härten und Gefahren dieses Urteils am besten abfinden könnten. Ob diese Ratsschlüsse überhaupt brauchbar sind, ist eine ganz neue Frage, und so hinterläßt die Genfer Entscheidung keine klare Lösung, sondern nur eine Fülle neuer Rätsel, mit denen sich die Leidtragenden verunsichern dürfen.

Das Ungelöste der Genfer Beschlüsse

erkennt man natürlich auch bei der Entente, obwohl man es nach Möglichkeit zu verschleiern und zu beschönigen sucht. In jeder Hinsicht ist eine Rede des englischen Vertreters in Genf, des bekannten Lord Dalsour von Bedeutung, der, obwohl er die Entscheidung selbst durchaus billigt, doch auch ihre selbst für deutschfeindliche Augen unverkennbaren Schwächen Punkte nicht verschweigt.

Dalsour sagte, er sei sicher, daß es keinen Engländer geben würde, der in Oberschlesien weiß und nicht mit Westfalen die Verwirklichung dieses Gebietes sieht, man würde wegen dieser Verwirklichung sogar Entsetzen empfinden. Er sei der letzte, der in Abrede stelle, daß im Zusammenhang mit diesem Verfahren Ungelegenheiten entstehen würden, vielleicht sogar ziemlich ernste, er glaube jedoch trotzdem, daß durch sorgfältige Anordnungen diese Ungelegenheiten ungedauer vermieden werden würden. Wenn die beiden Parteien geklärt seien, Klugheit und eigenes Interesse walten zu lassen, dann würden sie in der Lage sein, den Weg zu einem durchführbaren Vorkriegszustand zu